

Elfriede Fritz, 14. Februar 2024

Johanna Dohnal

Ikone der Frauenpolitik, Feministin, Kämpferin für Frauenrechte, gegen Gewalt an Frauen, gegen Diskriminierung und sexuelle Belästigung im Arbeitsleben, erste Frauenministerin, Staatssekretärin für allgemeine Frauenfragen im Bundeskanzleramt, Gemeinderats- und Landtagsabgeordnete, Bezirksrätin in Penzing, Friedensaktivistin. Sie hat Politik für Frauen mit den Frauen gemacht. Sie wollte gerechte Einkommen und eine Arbeitszeitverkürzung. Die Hälfte der Macht sollte den Frauen gehören. Sie war unbeugsam, unbequem, hatte Ecken und Kanten. Männer habe sie gefürchtet und konservative Frauen haben sie abgelehnt. Sie konnte aber auch sehr charmant sein. Sie hat viel geraucht und gern gesungen. Für Frauen konnte sie in einer Zeit des Aufbruchs so viel durchsetzen, wie keine andere Frauenpolitikerin nach ihr. Dennoch sind viele ihrer Forderungen noch nicht verwirklicht.

Heute vor 85 Jahren im AKH als Johanna Dietz geboren, ihre Mutter Johanna Luise ledig bei ihrer Geburt, genauso wie ihre Großmutter Karoline und ihre Urgroßmutter Aloisa bei der Geburt ihrer Töchter. Aufgewachsen ist sie bei ihrer Großmutter, einer Schneiderin, im 14. Bezirk in der Cumberlandstraße in einer Parterrewohnung, Küche-Zimmer-Kabinett mit Wasser und WC am Gang. Ihren Vater, einen verheirateten Gewerbetreibenden mit Familie, 18 Jahre älter als die Mutter, der sich nach einiger Zeit doch zu der Vaterschaft bekannte und nur widerwillig Aliment leistete, hat sie – auch weil kein Interesse daran - nie kennengelernt.

Sie ist eine gute Schülerin und beginnt nach dem Hauptschulabschluss eine Lehre als Industriekaufmann (noch keine weiblichen Sprachformen). Eine weiterführende Schulbildung kommt mangels finanzieller Mittel nicht in Frage. Ihren Mann Franz Dohnal, ein gelernter Schmied, der als Chauffeur arbeitet, lernt sie mit knapp 16 kennen, er zieht bald darauf in das freie Kabinett bei der Großmutter ein. Bei der Hochzeit ist sie 19, bei der Geburt ihres Sohnes Robert 20 und ihrer Tochter Ingrid 22. Sie entsprach damals ganz dem gängigen Gesellschaftsbild für Frauen, baldige Ehe und Familie mit 2 Kindern. Allerdings erachtet sie sich nicht dafür zuständig, seine fehlenden Hemdknöpfe anzunähen. Sie kommt aus einem Frauenhaushalt. Johanna und Franz treten 1957 der SPÖ bei, auch in der Erwartung um baldige Zuteilung einer Gemeindewohnung. „So unspektakulär bin ich in die SPÖ gekommen“, ihre Aussage dazu. Allerdings war dies nicht das einzige Motiv für Johann Dohnal, in die SPÖ einzutreten. Susanne Feigl: Sie hatte sehr früh einen ausgeprägten Sinn für soziale Gerechtigkeit. Besonders empört hat sie, dass Menschen, denen es besser ging, sich fast automatisch für was „Besseres“ hielten.“ Sie engagierte sich in der Bezirksarbeit, kassierte Parteibeiträge, wird mit ärmlichen Wohnverhältnissen konfrontiert, organisiert Kinderspielnachmittage. Später als Gemeinderätin tritt sie für die Betreuung älterer und gebrechlicher Menschen in ihren Wohnungen ein: Ausbau des Sozialdienstes Essen auf Rädern, Heimhilfe und Reinigungshilfe und für die Einführung eines Besuchsdienstes.

Sie wird Bezirksrätin in Penzing, Vorsitzende der Penzinger Sozialistinnen und stellvertretende Bezirksparteivorsitzende. Sie will die Frauenarbeit politisieren. „Neben der Produktion roter Nelken für den Maiaufmarsch muss es auch für Frauen möglich sein, politische Diskussionen zu führen, politisch zu agieren, politische Forderungen zu stellen und umzusetzen.“ In den siebziger Jahren gibt es mit der SPÖ-Alleinregierung eine ungeheure Aufbruchsstimmung. Angesagt sind die

Modernisierung und Demokratisierung der Gesellschaft (Feigl). 1975 tritt die Familienrechtsreform in Kraft: der Mann ist nicht mehr das Haupt der Familie, Frauen können arbeiten, ohne die Einwilligung ihrer Ehemänner einholen zu müssen, die Individualbesteuerung macht Frauen steuerlich unabhängig vom Einkommen ihres Mannes, die Fristenlösung – eine innerhalb von 12 Wochen ab Empfängnis vorgenommene Abtreibung bleibt straffrei - tritt in Kraft.

Von 1972-1979 arbeite sie in der Parteizentrale der SPÖ in der Löwelstraße im Wiener Frauensekretariat. Sie ist Landesfrauensekretärin und ab 1973 auch Landtagsabgeordnete und Gemeinderätin. Die ehemalige Gemeinderätin Käthe Jonas hat ihr Potential erkannt; eine, die etwas in Bewegung bringen kann. Sie arbeitet ganztägig, besucht Rhetorikseminare. Ihre Kinder sind 11 und 13 Jahre alt und Franz unterstützt bei der Hausarbeit. Sie arbeitet engagiert, hat Ideen und will diese eigenmächtig umsetzen, was bei manchen Genossinnen nicht nur auf Zustimmung trifft. Sie soll sich an die Spielregeln halten.

Sie startete so genannte Vormittagsseminare speziell für Hausfrauen und Mütter. Diese Seminare fanden enorm großen Anklang. Sie zogen viele junge, interessierte Frauen an – speziell das Seminar „Selbstbewusstsein kann man lernen“. Darüber nicht erfreut waren viele männliche Parteigenossen, die ihr die Zerstörung der Ehe vorwarfen, um ihre dienenden Ehefrauen und ihre Vormachtstellung fürchteten.

1971 wird im Zuge einer großen Strafrechtsreform auch der § 144 diskutiert der Abtreibung unter Strafe stellt. Er soll durch eine Indikationslösung – Abbruch nur dann, wenn bestimmte Voraussetzungen vorliegen -ersetzt werden. Die SPÖ-Parteispitze favorisiert diesen Vorschlag, weil sie damit weniger Konflikte mit der katholischen Kirche und der ÖVP erwartet. Die Kirche wollte den „Mord am ungeborenen Leben“ verhindern doch vielen Sozialistinnen war die Indikationslösung zu wenig liberal, da jede Frau selbst entscheiden können müsste, ob sie einen Abbruch vornehmen möchte. Die neue Frauenbewegung, die sich später als AUF Aktion unabhängiger Frauen gründete will das Thema „Gewalt gegen Frauen „enttabuisieren und forderte mit der Parole „Mein Bauch gehört mir“ die völlige Freigabe der Abtreibung. Sowohl in Frankreich, wie auch in Deutschland erklärten 1971 über 300 Frauen in einer Zeitschrift (Stern) Ich habe abgetrieben. Johanna Dohnal und ihr Mann sammeln Unterschriften für die Fristenregelung. SPÖ- und ÖGB-Funktionärinnen machen Druck auf Justizminister Broda, Dohnal u a sprechen mit ihm, dass es eine Fristenlösung und keine Indikationslösung geben müsse.

Der Kampf um die Fristenregelung politisiert Johanna Dohnal in feministischem Sinn. Der § 144 war ein Klassenparagraf und Ausdruck der Frauendiskriminierung.

1973 wird die "Fristenregelung" beschlossen, 1975 tritt sie in Kraft. 1974 initiiert Johanna Dohnal die Gründung des Komitees "Helfen statt strafen", das die Durchführung der Fristenreglung in Wiener Spitälern sicherstellt und die Gründung von zwei Familienberatungsstellen forciert, ebenso wie die Verbreitung von Informationen über Empfängnisverhütung. Entgegen heftiger Kritik vonseiten konservativer Politikerinnen und Politiker, Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrer setzt sie Jahre später die Einführung des "Medienkoffers Sexualerziehung" an den Schulen durch, mit dessen Hilfe Kindern elementares Wissen über ihren eigenen Körper vermittelt werden soll.

Das Risiko Opfer von Gewalt zu werden, ist in der Familie mit ihren patriarchalen Machtverhältnissen sehr hoch. Die deutschen Sozialistinnen hatten bereits ein Haus für geschlagene Frauen eingerichtet. Johanna Dohnal, unterstützt von Irmtraut Karlsson und deren Studentinnen der Wiener Akademie für Sozialarbeit, zu denen auch Rosa Logar gehörte, wollte auch ein Haus für von Gewalt betroffene Frauen gründen. Sie sahen den Bedarf dazu, allerdings viele Parteigenossen und -genossinnen waren nicht ihrer Meinung, auch die Stimmung in der Öffentlichkeit war negativ. Das Problem wurde bagatellisiert, der Ausdruck Frauenhaus ins Lächerliche gezogen. Bürgermeister Gratz unterstützte Johanna Dohnal im Gemeinderat, der Beschluss zur Errichtung eines Frauenhauses wird gefasst. 1978 wird ein Trägerverein gegründet, eine geeignete Lokation gefunden. Am 1. November 1978 nimmt das erste Frauenhaus seinen Betrieb auf.

1976 wird die Ehe von Johanna und Franz Dohnal geschieden, auf ihr Betreiben. Kinder und Mann sind überrascht. Sie haben das Auseinanderfallen dieser Beziehung nicht mitbekommen. 1975 findet die erste Weltfrauenkonferenz in Mexiko statt und die VN rufen das Jahrzehnt der Frau von 1975 – 1985 aus.

Bereits 1977 forderten die Wiener Sozialistinnen auf Initiative von Johanna Dohnal die Elternkarenz. Väter hätten Gelegenheit eine gute Beziehung zu ihren Kindern aufzubauen und Frauen die Möglichkeit zur rascheren Rückkehr in den Beruf. Unsichere ArbeitnehmerInnen wären sohin nicht nur die Mütter, sondern auch die Väter. Heftigen Widerstand gab es dazu von der Gewerkschaft und den Sozialpartnern. Erst 1990 konnte diese Forderung umgesetzt werden. Bei ihrer Forderung nach einem 6-Stunden Tag zur leichteren Vereinbarkeit von Beruf und Familie, auch für die Väter, war Johanna Dohnal nicht erfolgreich. Die Gewerkschaftspolitik orientiert sich eher am male bread winner – Normalarbeiter- der sich auf seine Erwerbstätigkeit konzentrieren kann, genug zur Erhaltung einer Familie verdienen muss, weil die Frau Haushalt und Kinder versorgt. Mehr Urlaub war für die Männer wichtiger, als der 6-Stunden Tag. Haushalt ist Privatsache, doch das Private wird politisch. Mit der Arbeitszeitverkürzung sollten auch starre Rollen zwischen Frauen und Männern aufgebrochen werden. Eine Freundin der Teilzeitarbeit war Johanna Dohnal nie. Sie verringere Aufstiegschancen, zementiere die traditionellen Rollen, biete kein existenzsicherndes Einkommen und in der Folge auch keine existenzsichernde Pension. Teilzeitarbeitende Frauen bleiben für die unbezahlte Hausarbeit, die Kinder- und die Betreuung von pflegebedürftigen Personen zuständig. Damit ändert sich auch nichts an den Machtverhältnissen zwischen den Geschlechtern. Daran hat sich bis heute leider nichts geändert.

Schon als Frauenministerin wollte sie aber einen gesetzlichen Anspruch auf Teilzeit für Mütter und Väter bis zum Schuleintritt des Kindes mit Rückkehrrecht auf Vollzeit. Auch daraus ist nichts geworden. Durch ihr Eintreten für Partnerschaft zwischen Männern und Frauen und für Fraueninteressen trat sie in Konfrontation zu konservativen Parteien aber auch zur Gewerkschaft. Ihr Name wird zum Synonym emanzipatorischer Frauenpolitik.

Wie bei Susanne Feigl nachzulesen, habe Bruno Kreisky bei seiner Regierungsumbildung 1979 die Schaffung eines Frauenministeriums erwogen, das Hertha Firnberg nicht für notwendig hielt. Sie unterstützte ein Frauenstaatssekretariat mit Dohnal. Schlussendlich gab es 4 Staatssekretärinnen,

was „die Partei zutiefst erschüttert hat“, so Bruno Kreisky, der erstmals Frauenfragen aus der Familie löste. Von Gustav Peichl als Hyronimus in der Presse abwertend karikiert zieht Kreisky 4 Büstenhalter aus seinen Jackentaschen. Frauen werden in der Männerwelt als Fremdkörper oder Sexualobjekte wahrgenommen. Das Staatssekretariat für allgemeine Frauenfragen wurde als „Salzamt für Frauenprobleme“ und Dohnal als „Kreiskys Xanthippe“, als Politdragoner, als rote Riesin (Profil) und Streitaxt der sozialistischen Frauenbewegung bezeichnet, die auf ihre äußere Erscheinung wenig Wert lege.

Kreisky gibt ihr mit auf den Weg: Fahr hinaus in die Bundesländer und sag den Frauen, was sich verändert hat. Und das tut sie. Sie ist viel unterwegs, spricht mit den Frauen, beantwortet Briefe und empfängt Frauen, die ihr ihre Anliegen vortragen wollen in den heiligen Hallen des Bundeskanzleramtes, Ballhausplatz 2. Ihre Büroräumlichkeiten sind im Kanzleramt, sie teilt sich das Vorzimmer -ehemals Metternichs Arbeitszimmer - mit Staatssekretär Lacina. Ungeheuerlich, dass dort plötzlich eine Frau residierte, die noch dazu der Ministerialbürokratie nicht den nötigen Respekt erweist und Frauen von der Straße zu sich vorlässt. Wer hat Angst vor Johanna D.? In diesem Artikel beschreibt der Autor, dass Frauen mit Kinderwägen, schreienden Babys und Hunden zu Johanna Dohnal kamen, was nicht einmal der Bundeskanzler persönlich, der sie unterstützte, abgestellt hatte. Despektierlich wurden die bei Dohnal hilfeschuchenden Frauen Fetzenweiber, ihre Mitarbeiterinnen Rauchfangtauben genannt.

Dohnal gründete Frauenenquetten und Frauenforen zum Meinungsaustausch und Frauenservicestellen. 1980 ist die 2. UN-Weltfrauenkonferenz in Kopenhagen. Sie lernt englisch, ist Delegationsleiterin und Vizepräsidentin. 1985 bei der 3. UN-Weltfrauenkonferenz in Nairobi ist sie wieder Delegationsleiterin und Vizepräsidentin. 1982 tritt in Österreich die UN-Konvention gegen jede Form der Diskriminierung der Frau in Kraft. Noch heute das wirkmächtigste internationale Instrument für Frauenrechte im Gesetzesrang. 1986 stellt sie ein Programm für den öffentlichen Dienst auf die Beine und in allen Ministerien müssen Ministerielle Arbeitsgruppen zur Förderung der Chancengleichheit und Gleichbehandlung der Frau im ÖD gegründet werden, so auch im Finanzministerium, in dem mein Mann im Präsidium und ich in der Zollsektion arbeiten. Mein Mann Wolfgang Fritz wird Schriftführer dieser AG, der Präsidialchef ist Vorsitzender und Frauen aus der Personalvertretung sind in der AG vertreten. 1987 schreibt mein Mann den ersten Frauenförderungsplan für das BMF für Finanzminister Salcher. Ich wurde Ende 1990 von Finanzminister Lacina zur Vorsitzenden dieser AG, später AG für Gleichbehandlungsfragen, ernannt. In der Interministeriellen AG, der Dohnal vorsah, hatte sie die Vorsitzenden aller Ministerien zu den Sitzungen in den Ministerratssaal im Bundeskanzleramt geladen. Wir sind uns wichtig vorgekommen. Sie hat uns zugehört. Sie gründete weitere verschiedene Interministerielle Arbeitsgruppen, um wichtige Themen mit ExpertInnen und VertreterInnen der Ressorts zu analysieren.

Die Möglichkeit der eigenständigen Existenzsicherung für Frauen (auch im Alter) ist neben dem Schutz vor Gewalt ihr größtes Anliegen. Sie setzt sich ein für gleiche Lehrpläne für Mädchen und Buben und für geschlechtsneutrale Stellenausschreibungen. Das Ziel von Bildungskampagnen wie "Töchter können

mehr" ist es, Mädchen zu motivieren, andere als die traditionellen (und traditionell schlecht bezahlten) Frauenberufe zu ergreifen.

Anfang der 1980er-Jahre, zur Zeit der beginnenden Friedensbewegung, gründet Johanna Dohnal den Arbeitskreis „Frieden – Abrüstung – Dritte Welt“, der zehn Jahre lang aktiv ist und unter anderem erreicht, dass gemäß dem Motto „Waffen sind kein Spielzeug“ die Kasernenbesuche von Kindergarten- und Schulkindern vom Wiener Stadtschulrat untersagt werden. Sie tritt für eine aktive Friedens- und Neutralitätspolitik ein. Sie wollte die militärische Macht in der Politik abbauen. Sie zitierte oft Willy Brandt, den deutschen Sozialdemokraten: „Wir müssen der Gewalt und der Androhung von Gewalt im Verkehr der Staaten entsagen, endgültig und ohne Ausnahme.“ Was würde er heute sagen?

1982 nimmt die SPÖ nicht am großen Friedensmarsch gegen Atomkrieg und für Abrüstung teil, weil daran auch KommunistInnen teilnehmen, stellt es aber ihren Mitgliedern frei, daran teilzunehmen. Dohnal hatte keine Berührungsängste. Sie konnte mit allen reden, den katholischen und ÖVP-Frauen genauso wie mit den KommunistInnen. Ihr wurde vorgeworfen, Fraueninteressen vor allgemeine Parteiinteressen zu stellen. Später wurde anerkannt, dass sie Frauenpolitik als Politikbereich überhaupt erst durchgesetzt hat.

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus schlägt sie die Umwandlung des Verteidigungsressorts in ein Ministerium für Friedens- und Neutralitätssicherung, Umwelt- und Katastrophenschutz vor.

1987 wird Johanna Dohnal Bundesvorsitzende der SPÖ-Frauen und stellvertretende Parteivorsitzende. 1988 kann sie sich endlich offiziell als Staatssekretärin bezeichnen. Denn eine von ihr initiierte Gesetzesänderung ermöglicht es, Amts- und Berufsbezeichnungen sowie Titel auch in weiblicher Form zu führen. ( Art. 7 Abs. 3 B-VG) Johanna Dohnal ist es wichtig, Frauen sprachlich sichtbar zu machen, denn Sprache beeinflusst unser Denken und das Bild, das wir uns von der Welt machen. Heute, nach 36 Jahren haben wir noch immer eine sprachliche Genderdebatte!

Mitte der achtziger Jahre geht sie die Lebensgemeinschaft mit Annemarie Aufreiter, einer Erwachsenenbildnerin, ein. Sie macht diese Beziehung nicht publik. Die Gesellschaft ist noch nicht reif für gleichgeschlechtliche Beziehungen.

Anfang 1991 wird sie erste Frauenministerin Österreichs, aber sie hat kein Ministerium, kein eigenes Budget und ist wie als Staatssekretärin, von den Infrastrukturen des BKA abhängig. Noch heute habe ich sie im Ohr. „Warum gratuliert ihr mir zur Frauenministerin? Ich habe kein Ministerium und kein eigenes Geld.“ Fleißig wird am EU-Beitritt gearbeitet, und in dessen Vorfeld gab es den EWR, in dem Ö bemüht war, die erforderlichen EU-RL vorzeitig umzusetzen. Eine EU-GleichbehandlungsRL unterstütze die Bemühungen Dohnals, auch für den ÖD ein Gleichbehandlungsgesetz zu erlassen und sie wollte damit auch eine Frauenförderung im ÖD gesetzlich mit einer Quote festlegen. Bei gleicher Qualifikation, wie der bestqualifizierte männliche Mitbewerber soll eine Frau bevorzugt bestellt werden, wenn es weniger als zunächst 40%, später 45% und schlussendlich doch 50% Frauen auf dieser Ebene, auch in Führungsfunktionen, gibt. Dazu waren und sind bis heute Frauenförderungspläne in den Ressorts zu erstellen und darin festzulegen mit welchen organisatorischen, personellen und

weiterbildenden Maßnahmen unterrepräsentierte Frauen gefördert werden sollen. Die Quote war und ist umstritten, aber sie tut ihre Wirkung. Sie hat vielen qualifizierten Frauen zu ihren Funktionen verholfen und durch das B-GBG, später B-GIBG werden sexuelle und sonstige Diskriminierungen und Verletzungen des Frauenförderungsgebotes in der Bundes-Gleichbehandlungskommission festgestellt. Der Schadenersatz, der bei einer mit Gutachten festgestellten Diskriminierung zusteht, wird aber nur sehr unwillig bis gar nicht von den Ressorts ausbezahlt. Das B-GBG 1993 war das erste österreichische Gesetz, das mit der sprachlichen Gleichbehandlung von Frauen und Männern ernst machte. Es verwendete bei personenbezogenen Bezeichnungen nicht nur die männliche, sondern auch die weibliche Form. Erstmals ist darin von einer Bundeskanzlerin die Rede, die tatsächlich in Ö erst mit Dr. Brigitte Bierlein 2019 angelobt wurde.

Johanna Dohnal wollte Anfang der 90-iger Jahre unbedingt Bundesbetriebskindergärten einrichten, einen in der Nähe des BKA und einen beim Bundesamtsgebäude Radetzkystraße. Berufstätige Frauen im ÖD sollten ausreichend Kinderbetreuungsplätze haben. Standorte und Kostentragung waren unklar, auch gab es Zuständigkeitsstreitereien zwischen dem BKA und dem Wirtschaftsministerium unter Schüssel und seiner Staatssekretärin Fekter. Das Thema dominierte die Sitzungen der IMAG-ÖD ab 1989. Es gab bereits sehr konkrete Recherchen und Berechnungen über Kosten und Betreuung. Aber, wie die Budgetabteilung immer betonte, durften keine zusätzlichen Personal- und sonstiger Kosten entstehen. Die Vertreterin des BMwA hielt einen Neubau für ausgeschlossen, er würde 10 Mio AS kosten. Dohnal wollte Finanzierungsmöglichkeiten über Elternbeiträge, Subventionierung durch die Stadt Wien und finanzielle Mittel des Bundes finden. Diese seien mit dem Bundesminister für Finanzen zu klären. Finanzminister Lacina hat sich mit Dohnal gut verstanden. Er war ein wesentlicher Mitgestalter der Gleichbehandlungs- und Frauenpolitik.

Die Sache dauerte dann noch beinahe 2 weitere Jahre (Dohnal war sehr beharrlich!), bis mir Finanzminister Lacina in einem persönlichen Gespräch im Juni 1992 im Schlachtenbildersaal Folgendes sagte: „zum Kindergarten – ich zahle alles, aber die Gemeinde muss auch zahlen und Bundesministerin Dohnal ist zu unterstützen“.

Das habe ich aktenmäßig festgehalten und bisher ablehnende Budgetisten (Budgetistinnen gab es erst wenige) mussten diese Weisung des HBM zur Kenntnis nehmen. Der Kindergarten wurde zwischen der Vorderen und der Hinteren Zollamtsstraße gebaut, wird von einem Verein geführt und ist bald 30 Jahre alt. Später gelang es auch, geeignete Räumlichkeiten in der Nähe des BKA zu finden und auch dort einen Bundesbetriebskindergarten einzurichten.

Lacina selbst hat die Geschichte vom Betriebskindergarten als lange Geschichte, aber doch mit happy end bezeichnet und weiter: „An Johanna Dohnal denke ich gerne zurück, wir sind viele Jahre nebeneinander im Ministerrat gesessen, wobei uns damals nicht nur das gemeinsame Laster des Kettenrauchens verbunden hat.“

Johanna Dohnal forderte auch eine „Kindergartenmilliarde“ Schilling. Der Betrag sollte den Ländern vom Bund zur Verfügung gestellt werden. Diese Forderung stieß auf strikte Ablehnung. Sie wurde aber von ihrer Nachfolgerin Helga Konrad wieder aufgegriffen. Der damalige Finanzminister Andreas Staribacher sagte den Betrag von einer Milliarde zu, sein Nachfolger Viktor Klima reduzierte ihn auf 600 Millionen, die

allerdings zweimal – 1997 und 1999 – an die Bundesländer ausbezahlt wurden. Kindergärten sind Landessache.

Die rechtliche Benachteiligung und ökonomische Abhängigkeit von Frauen sind der Boden auf dem Gewalt gedeiht. In gleichen Bildungs- und Berufschancen und der Möglichkeit der selbständigen Existenzsicherung sah sie den wirksamsten Schutz gegen Gewalt. Patriarchale Gesellschaftsstrukturen müssen durch partnerschaftliche ersetzt werden. 1992/93 führte sie eine groß angelegte internationale Anti-Gewalt-Kampagne mit dem Thema „Gewalt gegen FRAUEN gegen Gewalt“ durch, die mit dem Symposium „Test the West. Geschlechterdemokratie und Gewalt“ begann. Das Symposium hatte mehrere Tagungen in verschiedenen Orten und umfasste das ganze Spektrum der Gewalt gegen Frauen (wie in der Ehe, am Arbeitsplatz, im Krieg). Ein Symposium zum Thema „Sexuelle Belästigung und sexuelle Gewalt gegen behinderte Frauen“, war Johanna Dohnal und ihrer Lebenspartnerin Annemarie Aufreiter ein besonderes Anliegen. Häusliche Gewalt betrifft Frauen und Mädchen aus allen sozialen Schichten und Milieus. Das gilt auch für sexuelle Gewalt und sexuelle Belästigung, für Vergewaltigungen, erzwungene sexuelle Handlungen, Zwangsheirat, und Belästigung auf der Straße. Johanna Dohnal forderte die Anerkennung von Vergewaltigung als Asylgrund und als Menschenrechtsverletzung: „Vergewaltigung ist keine Begleiterscheinung des Krieges, sondern ein explizites Kriegsmittel.“

1993 war sie in der UN-Menschenrechtskonferenz, die in Wien stattfand, sehr aktiv und sagte: „Gewalt in der Familie muss als das gesehen werden, was es ist, eine gravierende Menschenrechtsverletzung.“ Sie wies auch darauf hin, dass Menschen, alleine weil sie Frauen sind, gefoltert, erniedrigt, terrorisiert und umgebracht werden.

Ö hat auch heute eine hohe Femicidrate.

Zur Reparatur des vom VfGH als verfassungswidrig aufgehobenen ungleichen Pensionsantrittsalters von Frauen und Männern (60 auf 65) haben sozialdemokratische Frauen und Gewerkschafterinnen darauf bestanden, dass Frauen nicht beim Pensionsantritt gleichbehandelt werden sollen, wenn sie ihr ganzes Leben ungleich behandelt werden. Zur Angleichung des Pensionsantrittsalters dürfe es daher erst kommen, wenn die ärgsten Benachteiligung von Frauen im Beruf und bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie behoben seien. Ein grundlegender Forderungskatalog mit 55 Maßnahmen wurde erstellt und als Gleichbehandlungspaket präsentiert: Anrechnung von Kindererziehungszeiten auf die Pension, flächendeckende Kinderbetreuungseinrichtungen, Ganztageschulen, Einbeziehung des Krankenpflegepersonal ins Nachtschicht-Schwerarbeitergesetz, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, sexuelle Belästigung als Diskriminierung in das GBG, Benachteiligungsverbot für Teilzeitbeschäftigte, sozialrechtliche Gleichstellung der geringfügig Beschäftigten. Es gab viel Widerstand vor allem von Seiten der Wirtschaft, auch von manchen Gewerkschaftern und von Sozialminister Hesoun, dem die Verhandlungen schon zu lange dauerten. Dohnal wurde vorgeworfen, dass ihre Forderungen überzogen seien, sie selbst zu wenig kompromissbereit und einfach stur sei. Die Verhandlungen waren anstrengend. Sie drohte im Ministerrat, ihr Veto einzulegen. Letztendlich konnte ein Teil der Forderungen durchgesetzt werden. Erfolgreich war sie mit ihrer Forderung, lange Fristen für die Angleichung des Pensionsanfallalters vorzusehen. Das Verhältnis zu Hesoun ist sehr angespannt.

Die Regierung muss lt. Gesetz dem damals gegründeten parlamentarischen Gleichbehandlungsausschuss alle 2 Jahre einen Bericht vorlegen, wie weit die Umsetzung der noch offenen Forderungen gediehen ist. Papier ist geduldig!

Bei den Koalitionsverhandlungen 1994 wird ein Sparpaket geschnürt, mit dem gegen den Willen Dohnals das erhöhte Karenzgeld gekürzt und in einen Zuschuss umgewandelt wird. Das erhöhte Karenzgeld halte Paare von der Ehe ab, so die Konservativen. Der Bundeskanzler entbindet sie nicht von der Mitstimmungspflicht im Ministerrat. Nur sehr widerwillig muss sie doch zustimmen.

1995 sollte die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking stattfinden. Johanna Dohnal war in Kopenhagen und Nairobi und freute sich auf Peking, wofür sie in den Vorbereitungsarbeiten ein Nationalkomitee zusammenstellte mit Frauen aus allen Bereichen: alle politischen Parteien, Bundes- Landes- und Gemeindepolitikerinnen, Frauen aus allen Ressorts, aus der Wirtschaft, Arbeiterkammer, Gewerkschaft, katholische Frauen und anderer Religionen, autonome Frauen, Bäuerinnen, Arbeiterinnen, Künstlerinnen, NGOs, unglaubliche Vernetzungen, Gespräche und Horzonerweiterungen haben sich dadurch ergeben!

Ihre 3. UN-Frauenkonferenz war ihr nicht mehr vergönnt. Sie musste die Regierung verlassen. BK Vranitzky hatte es eilig, die Unbequeme loszuwerden. Es gingen auch Lacina (ich habe ihn so locker auf der Prunkstiege im BMF getroffen, weil er seine Regierungslast los war) und Hesoun, mit dem sie viele soziale Kontroversen austrug und der Johanna im kleinen Kreis als „der Donald“ bezeichnete. In einem Interview für den Film „Die Dohnal“ von Sabine Derflinger (2019) gab Vranitzky zu, Johanna Dohnal habe es mit ihm wahrscheinlich nicht leicht gehabt. Er warf ihr auch vor, sich nicht um die Normalfamilie zu kümmern und nur Sonderfälle im Auge zu haben.

## Ihre Verdienste

### als Staatssekretärin (1979-1990), als Frauenministerin (1991-1995)

- Ausdehnung des Mutterschutzes auf Bäuerinnen und gewerblich selbstständig tätige Frauen
- Novellierung des Staatsbürgerschaftsgesetzes – von nun an erhalten Kinder nicht mehr automatische die Staatsbürgerschaft des Vaters
- 1989 Beseitigung der Amtsvormundschaft – ledige Mütter können nun einen Pass für ihre Kinder beantragen, sie haben jetzt die gleichen Rechte wie verheiratete!
- 1989 Reform des Sexualstrafrechts – u. a. wird Vergewaltigung innerhalb der Ehe oder Lebensgemeinschaft unter Strafe gestellt. Dafür gab es zunächst kein Verständnis, hitzige Debatten und sehr viel Häme.
- Novelle des Gleichbehandlungsgesetzes – sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz wird strafbar auch dafür gab es sehr viel Häme
- Erbrechtliche Gleichstellung unehelicher Kinder mit ehelichen
- Familienbeihilfe wird den Müttern ausbezahlt und nicht mehr den Vätern
- Sensibilisierung für die Darstellung von Frauen in den Medien und in der Werbung. Johanna Dohnal hat einen Sexismus-Beirat eingesetzt, der heute nicht mehr existiert. Die damaligen **Palmers-Werbungen**

sind noch vielen in Erinnerung, würden ev. heute nicht mehr so aufregen. Dafür gibt es jetzt den Werberat, der sexistische Werbungen prüft.

- 1985 beschließt der Bundesparteitag der SPÖ eine Quotenregelung (25-Prozent-Quote); 1993 wurde die Quote auf 40 Prozent erweitert;  
Reißverschluss
- 1988 Art. 7 Abs. 3 B-VG: Frauen haben ein verfassungsgesetzlich gewährleistetes Recht auf die weibliche Sprachform
- 1990 wurde der Elternkarenzurlaub eingeführt (Väterkarenz)
- 1991 Anwältin für Gleichbehandlungsfragen – heute Gleichbehandlungsanwaltschaft
- 1991 Frauen können endlich auch Polizistinnen werden
- 1992 Gleichbehandlungspaket wegen Anpassung des Pensionsantrittsalters für Frauen von 60 auf 65 (Beamtinnen immer schon 65)
- 1993 Bundes-Gleichbehandlungsgesetz mit Frauenquote, viele Novellen
- 1994 Arbeiten am Gewaltschutzgesetz und Wegweiserecht, Interventionsstellen gegen familiäre Gewalt in allen Bundesländern

Anfang April 1995 endet Johanna Dohnals Tätigkeit als Regierungsmitglied. Im Herbst desselben Jahres legt sie den Vorsitz der SPÖ-Frauen zurück. Ein Viertel Jahrhundert Politik sei genug, erklärt sie; sie wolle den reichen Schatz ihrer Erfahrungen aus einiger Distanz auswerten, auch wenn sie es vermissen werde sich einzumischen (Ö1 Mittagsjournal, 30.8.1995).

### **Engagement nach Regierungstätigkeit**

- Fallweise ist Johanna Dohnal auch in ihrem Ruhestand intensiv politisch tätig. Sie unterstützt das Frauenvolksbegehren 1997 und fünf Jahre später das Volksbegehren Sozialstaat, und sie empört sich öffentlich über den Umgang mit Asylanten und "Schubhäftlingen".
- Zu ihrem 65. Geburtstag schenken ihr die SPÖ-Frauen Teilstipendien für Studentinnen, die zum Thema Geschlechtergerechtigkeit forschen (heute: Johanna-Dohnal Förderpreise). 2005 wird sie zur "Bürgerin der Stadt Wien" ernannt, 2009 wird ihr der Titel Professorin verliehen. Aus einer von ihr am Institut für Politikwissenschaft und Soziologie in Innsbruck gehaltenen Vorlesungsreihe geht das Buch Johanna Dohnal - Innenansichten österreichischer Frauenpolitiken (2008) hervor.
- Am 20. Februar 2010 stirbt Johanna Dohnal - ganz plötzlich – in ihrem Haus in Mittergrabern (NÖ). Dort hatte sie mit ihrer langjährigen Partnerin Annemarie Aufreiter gelebt, mit der sie einige Wochen zuvor eine eingetragene Partnerschaft eingegangen war. Die rechtliche Möglichkeit dafür bestand erst seit Jänner dieses Jahres. Annemarie Aufreiter wird eine Pension nach Dohnal versagt, denn obwohl sie schon sehr lange zusammenlebten, hätten sie dafür 3 Jahre verpartnert bzw. verheiratet (das ist erst seit 2019 möglich) sein müssen.

## Ihr Vermächtnis

Das Pensionsantrittsalter von 60 auf 65 Jahre wird für Frauen ab heuer (2024) schrittweise angehoben. Dafür hat Johanna Dohnal gekämpft. Der VfGH hat 1990 das ungleiche Pensionsantrittsalter als verfassungs- weil gleichheitswidrig aufgehoben. Dohnal fand, dass es ein Gleichbehandlungspaket braucht, weil man Frauen nicht beim Pensionsantrittsalter gleichbehandeln, ansonsten aber benachteiligen könne (an.schläge 1/2024, Katharina Mader und Milano Leeb). Die Hoffnung, dass bis zum Jahr 2024 Frauen und Männer gleichgestellt sein würden und nichts mehr gegen ein gleiches Pensionsantrittsalter spreche, hat sich nicht erfüllt. Ö hat einen hohen Gender-Pension-Gap, auch einen hohen Gender Pay-Gap und keine ausreichenden Kinderbetreuungseinrichtungen. Laut der jüngsten Zeitverwendungsstudie ist Sorgearbeit in Ö immer noch Frauensache. Die großen wirtschaftlichen Krisen der letzten Zeit (COVID, Ukraine Krieg) erhöhen immer die unbezahlte Arbeit von Frauen, weil sie das im Privaten ersetzen, was sich die Haushalte auf dem Markt nicht mehr leisten können und was der Staat einspart. In Ö haben wir eine Kombination aus wertkonservativen, traditionellen Rollenvorstellungen und gleichzeitig kaum bis keine Frauenpolitik. Heute (14. 2.) ist Equal Pay Day. Frauen arbeiten symbolisch gratis, wenn man ihr Jahresgehalt mit dem der Männer vergleicht. Frauen arbeiten überwiegend Teilzeit. „Für die Umverteilung von Sorgearbeit wird es eine generelle Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich brauchen“. (Katharina Mader in an.schläge) Johanna Dohnal wollte den 6-Stunden Tag. Ihre Nachfolgerin als Frauenministerin Helga Konrad musste ihre öffentliche Kampagne „Ganze Männer machen Halbe-Halbe“ zurücknehmen. Deren Nachfolgerin Barbara Prammer bekam zu den Frauenangelegenheiten den Konsumentenschutz, damit sie auch „etwas Gescheites“ hat, wie Klima meinte. Danach waren die Frauenministerinnen immer auch noch für andere Bereiche zuständig. Der Tierarzt Herbert Haupt hat in seinem Frauenministerium eine Männerabteilung für benachteiligte Männer eingerichtet. Gabriele Heinisch Hosek musste auch die Bildung übernehmen. Raab ist auch Integrationsministerin. Die Energien für Frauenangelegenheiten haben ziemlich abgenommen. Die EU forderte und fordert die Umsetzung neuer Richtlinien, wie der Antidiskriminierungs- und der AntirassismusrL, deren levelling up bis heute nicht gelungen ist, einer neuen GleichbehandlungsRL und RL im Arbeits- und Sozialbereich.

Über Gender Mainstreaming und Gender Budgeting zu sprechen, bleibt keine Zeit mehr.

LGBTIQ+ hat Einzug in die Frauenpolitik gehalten, damit Diskriminierungen gemeinsam bekämpft werden können.

Die menschliche Zukunft, wie Dohnal sie wollte, ist noch nicht eingetreten. “ Ich denke, es ist Zeit, daran zu erinnern: Die Vision des Feminismus ist nicht eine weibliche Zukunft. Es ist eine menschliche Zukunft. Ohne Rollenzwänge, ohne Macht- und Gewaltverhältnisse, Ohne Männerbündelei und Weiblichkeitswahn.“

Heute stehen wir fassungslos vor Kriegen, vor Klimaveränderungen, vor einem Verlust der Demokratie weltweit und vor dem Auseinanderdriften der Gesellschaft, wenige werden immer reicher, viele immer ärmer.

Der Verein Wohlstand für Alle will dazu beitragen, bessere Bildung, Gefahren der Digitalisierung, Vermeidung und Überwindung von Armut, Nutzen und Förderung von Kooperation, Demokratie und Gemeinwohl ins öffentliche Bewusstsein zu bringen und dabei ist uns Johanna Dohnal ein Vorbild.

Literatur:

Susanne Feigl: Was gehen mich seine Knöpfe an? Johanna Dohnal. Eine Biografie  
Carl Ueberreuter, 2002

Sabine Derflinger, Die Dohnal, 2019

[https://www.filmdelights.com/media/download/schulmaterial\\_die\\_dohnal.pdf](https://www.filmdelights.com/media/download/schulmaterial_die_dohnal.pdf)

[https://www.meinbezirk.at/wien/c-politik/dohnal-eine-ikone-der-oesterreichischen-frauenbewegung\\_a5905291](https://www.meinbezirk.at/wien/c-politik/dohnal-eine-ikone-der-oesterreichischen-frauenbewegung_a5905291)